

## **A30 Musikschulsterben verhindern und freie Lehrkräfte stärken - Für eine sozialverträgliche musikalische Teilhabe in Thüringen.**

Antragsteller\*in: Jusos Weimar/Weimarer Land

### **Antragstext**

1 **Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:**

2 **1. Die Landtagsfraktion und der Landesverband der SPD Thüringen sollen sich für**  
3 **die kurzfristige und langfristige Ausweitung der staatlichen Förderungen für**  
4 **Musik- und Kunstschulen nach dem ThürNJKSchulG auf alle Einrichtungen einsetzen,**  
5 **die die Kriterien der staatlichen Anerkennung erfüllen können, unabhängig vom**  
6 **Erhalt kommunaler Förderung.**

7 Das Thüringer Musik- und Jugendkunstschulgesetz (ThürMJKSchulG) ist seit Juli  
8 2022 in Kraft und regelt, dass Musik- und Jugendkunstschulen, die bestimmte  
9 Qualitätskriterien erfüllen, eine staatliche Anerkennung bekommen können und bei  
10 dem Erfüllen von weiteren Kriterien auch staatliche Fördermittel erhalten. Diese  
11 Kriterien umfassen u. a. die fachliche Qualifikation der Lehrkräfte, ein breites  
12 und gut strukturiertes Lehrangebot, eine bestimmte räumliche und materielle  
13 Ausstattung, sowie einen Anteil von fest angestelltem Personal.

14 Für den Erhalt der staatlichen Förderung muss zusätzlich die Förderung durch  
15 eine Kommune nachgewiesen sein.

16 Der Gesetzeszweck ist es, den Zugang zur kulturellen Bildung für alle  
17 gesellschaftlichen Gruppen zu erleichtern und das kulturelle Angebot  
18 flächendeckend auszubauen.

19 In der Praxis zeigt sich jedoch, dass viele Musik- und Kunstschulen, vor allem  
20 kleinere und solche in unabhängiger Trägerschaft, Probleme haben, die  
21 notwendigen kommunalen Förderungen zu erhalten, selbst wenn sie nach dem Gesetz  
22 staatlich anerkannt sind. Außerdem beantragen viele kleinere Musikschulen die  
23 staatliche Anerkennung nicht, weil sie ohne gleichzeitige staatliche Förderung  
24 die durch Festanstellungen zusätzlich entstehenden Kosten selbst tragen müssen  
25 und das in der Regel nicht können.

26  
27 Viele Kommunen sind aufgrund knapper Haushaltsmittel nicht in der Lage, weitere  
28 Musik- und Kunstschulen ausreichend zu unterstützen, obwohl diese Schulen  
29 qualitativ hochwertige Bildungsarbeit leisten und eine wichtige kulturelle  
30 Funktion erfüllen, auch weil sie i. d. R. schon kommunale Einrichtungen haben,

31 die die Aufgaben theoretisch wahrnehmen, oft aber nicht ausreichend Kapazität  
32 haben, um den kompletten Bedarf abzudecken.

33

34 Dies führt dazu, dass trotz Erfüllung der sonstigen Qualitätskriterien manche  
35 Einrichtungen nicht von staatlichen Förderungen profitieren können. Besonders  
36 betroffen sind dabei ländliche Regionen, in denen kulturelle Angebote ohnehin  
37 oft rar sind. Doch auch in den Städten kann der Bedarf an qualifiziertem  
38 Musikunterricht nicht vollständig durch die kommunalen Musikschulen abgedeckt  
39 werden.

40 Die Landespolitik muss hier gegensteuern und die staatlichen Förderungen von der  
41 Bedingung einer kommunalen Beteiligung entkoppeln.

42 Es ist essenziell, dass alle Musik- und Kunstschulen, die die qualitativen  
43 Anforderungen des ThürMJKSchulG erfüllen, auch Zugang zu den Fördermitteln  
44 erhalten.

45 Dies würde eine gerechtere Verteilung der staatlichen Unterstützung ermöglichen  
46 und sicherstellen, dass mehr Menschen – unabhängig von ihrer Wohnregion oder der  
47 finanziellen Situation ihrer Kommune – Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten  
48 ihrer Wahl erhalten.

49 **2. Die Landtagsfraktion und der Landesverband der SPD Thüringen sollen sich für**  
50 **einen kurzfristigen und langfristigen Ausbau der finanziellen Mittel des Landes**  
51 **für Musik- und Kunstschulen in Thüringen insgesamt einsetzen, um Kommunen und**  
52 **freie Träger bei Kostensteigerungen zu unterstützen und die Kosten für**  
53 **Schüler:innen sozialverträglich zu halten.**

54 Seit dem „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts im Jahr 2022 müssen Musik-  
55 und Kunstschulen die Mehrzahl ihrer Lehrkräfte fest anstellen, wenn sie  
56 regelmäßig unterrichten. Diese Entscheidung stellt sicher, dass  
57 Musikpädagog:innen nicht als Scheinselbstständige arbeiten, sondern eine  
58 sozialversicherungspflichtige Anstellung erhalten, die ihnen mehr finanzielle  
59 Sicherheit und Planungssicherheit bietet. Dies ist aus  
60 Arbeitnehmer:innenschutzgründen grundsätzlich zu begrüßen, bringt jedoch  
61 erhebliche finanzielle Herausforderungen für die Musik- und Kunstschulen mit  
62 sich.

63 Insbesondere freie Träger und kleinere Einrichtungen, die bisher auf  
64 Honorarkräfte angewiesen waren, stehen nun vor der schwierigen Aufgabe, die  
65 gestiegenen Lohn- und Sozialabgaben zu stemmen. Auch kommunale Schulen haben mit  
66 den Mehrkosten zu kämpfen, da die finanziellen Mittel der Kommunen in vielen  
67 Fällen bereits erschöpft sind. Dies führt dazu, dass Schulen entweder gezwungen  
68 sind, die Unterrichtsgebühren für Schüler:innen erheblich zu erhöhen oder ihr  
69 Angebot zu reduzieren oder das Angebot nicht der Nachfrage entsprechend  
70 kapazitär vorzuhalten.

71 Alle Szenarien sind problematisch:

72

73 Eine Erhöhung der Gebühren erschwert Kindern und Jugendlichen aus  
74 einkommensschwachen Familien den Zugang zu Musik- und Kunstunterricht. Das  
75 reduziert die soziale Durchlässigkeit und führt zu einer weiteren  
76 Benachteiligung von Schüler:innen aus weniger privilegierten Haushalten.  
77 Eine Einschränkung des Angebots wiederum schwächt die kulturelle Vielfalt in  
78 Thüringen und gefährdet langfristig die Existenz kleinerer Einrichtungen.  
79 Wenn nicht genügend Kapazitäten für die tatsächliche Nachfrage an Unterricht zur  
80 Verfügung gestellt werden, schließt man damit im Zweifel willkürlich  
Schüler:innen vom Unterricht aus.

81 Um dem entgegenzuwirken, muss die Landespolitik die finanziellen Mittel für  
82 Musik- und Kunstschulen deutlich erhöhen. Ein nachhaltiger Ausbau der  
83 staatlichen Förderung ist notwendig, um die Auswirkungen der Kostensteigerungen  
84 abzufedern und sowohl die Schulträger (Kommunen und freie Träger) als auch die  
85 Schüler:innen zu entlasten. Nur durch eine ausreichende finanzielle  
86 Unterstützung können Musik- und Kunstschulen ihre wichtige Bildungsarbeit  
87 weiterhin anbieten, ohne dass die Unterrichtsgebühren in unerschwingliche Höhen  
88 steigen. Dies ist auch ein wichtiger Schritt, um das Bildungsangebot in den  
89 ländlichen Regionen Thüringens zu sichern, wo Musik- und Kunstschulen oft eine  
90 zentrale Rolle im kulturellen Leben der Gemeinden spielen.

91 **3. Die Jusos und die SPD auf Bundesebene bzw. im Bundestag sollen sich dafür**  
92 **einsetzen, dass Honorarbeschäftigungen an Musik- und Kunstschulen weiterhin**  
93 **möglich bleiben, sofern einzelne Musikpädagog:innen dies wünschen.**  
94

95 Viele Musikpädagog:innen entscheiden sich bewusst für eine Tätigkeit auf  
96 Honorarbasis, um ihre künstlerische Freiheit und Flexibilität zu bewahren.  
97 Freischaffende Musiker:innen, die neben ihrer Lehrtätigkeit in Musik- und  
98 Kunstschulen auch in Orchestern, Bands oder als Solokünstler:innen tätig sind,  
99 schätzen die Unabhängigkeit, die eine Honorarbeschäftigung bietet. Eine  
100 Festanstellung würde für viele von ihnen bedeuten, dass sie ihre künstlerischen  
101 Aktivitäten einschränken oder aufgeben müssten, da eine Festanstellung oft mit  
102 festen Arbeitszeiten, weniger Flexibilität und steuerlichen Nachteilen  
103 einhergeht. Auch für Schulen, die Lehrkräfte für Fächer mit geringer Nachfrage  
104 (z. B. selten unterrichtete Instrumente oder künstlerische Techniken)  
105 beschäftigen, ist es häufig nicht sinnvoll, diese Lehrkräfte fest anzustellen.  
106 Die Nachfrage reicht oft nicht aus, um eine Voll- oder Teilzeitstelle zu  
107 rechtfertigen.

108 Es ist daher notwendig, dass auf Bundesebene Regelungen geschaffen werden, die  
109 es Musikpädagog:innen erlauben, weiterhin auf Honorarbasis tätig zu sein, sofern  
110 sie dies wünschen. Die Freiheit, sich zwischen einer Festanstellung und einer  
111 Honorartätigkeit zu entscheiden, sollte beibehalten werden, um sowohl die  
112 Vielfalt des kulturellen Angebots als auch die individuellen Arbeitsbedürfnisse  
113 der Lehrkräfte zu schützen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich